

1 **Anlage 1**
2 **Antrag C 2 an den Mitgliederparteitag am 14. August 2007 zum Leitantrag C 1**
3 **zum geplanten Neubau der Moschee in Ehrenfeld**

4
5 Der Mitgliederparteitag der CDU Köln möge beschließen:

6
7 Die CDU in Köln unterstützt seit 2001 durch Beschlüsse von Partei und Fraktion
8 **grundsätzlich** den Bau einer repräsentativen Moschee. Sie bleibt bei dieser
9 Zustimmung. Damit die geplante Moschee in Ehrenfeld einen Beitrag zur Integration
10 der Muslime in Köln leisten kann, sind folgende **Anforderungen** für uns entscheidend
11 und müssen in die jetzt anstehenden Beratungen um das Verfahren zur Aufstellung ei-
12 nes Bebauungsplans eingebracht werden und im Rahmen des Baurechts oder
13 vertraglich geregelt werden:

Gelöscht: Kriterien

14
15 ➤ Wengleich sich der Träger der Moschee – DITIB – vornehmlich an türkische
16 Muslime richtet, so soll sich die Moschee allen gläubigen Sunniten öffnen und
17 nicht von einer nationalen Richtung dominiert werden. Dazu gehört auch der
18 Verzicht auf das alleinige Zeigen der türkischen Flagge. Wir erteilen allen
19 Vorstellungen eine Absage, eine Trägergemeinschaft zu bilden. Einerseits ist es
20 rechtlich nicht möglich, von der DITIB – der das Gelände gehört – zu verlangen, ei-
21 nen weiteren Träger aufzunehmen. Andererseits sollte eine gemeinsame
22 Trägerschaft schon aus politischen Gründen nicht angestrebt werden, um
23 fundamentalistischen Kräften keinen Raum zu geben.

24
25 ➤ Auch und gerade das angeschlossene Kultur- und Jugendzentrum muss die Integra-
26 tion der Muslime in Köln fördern. Dazu gehört auch, dass sich der Träger für die
27 gemeinsame Teilnahme von Mädchen und Jungen am Sport- und
28 Schwimmunterricht und an Klassenfahrten ausspricht.

Gelöscht: gemeinsamen Unter-
richt von Mädchen und Jungen im
Sport- und Schwimmunterricht und
für eine gemeinsame Teilnahme an
Klassenfahrten

29
30 ➤ Ein ganz wesentlicher Bestandteil integrativer Arbeit muss die Förderung der
31 deutschen Sprachkompetenz sein. Davon hängen nicht nur die Erfolgsaussichten in
32 Schule und Beruf ab, sondern auch die Fähigkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen
33 und kulturellen Leben in Deutschland. Deshalb fordern wir, dass die DITIB ihre
34 Anstrengungen auf diesem Gebiet weiterentwickelt und ausweitet. Insbesondere
35 sollte bei Kurs- und Schulungsveranstaltungen im Kultur- und Jugendzentrum so
36 weit wie möglich Deutsch die Regelsprache sein. Das gilt gleichermaßen für einen
37 eventuell geplanten Kindergarten.

38
39 ➤ Predigten in der Moschee sollen in deutscher Sprache gehalten werden, so dass
40 Deutsche und Muslime verschiedener Nationalitäten die Predigt verstehen
41 können. In der Übergangszeit soll die Predigt zeitgleich übersetzt werden.

Gelöscht: perspektivisch

Gelöscht: auch Muslime anderer
Nationalitäten

42
43 ➤ Der Muezzin-Ruf darf nur im inneren Bereich des Geländes hörbar sein. Um dies
44 sicherzustellen und spätere Klagen auszuschließen, wird ein entsprechender
45 öffentlich-rechtlicher Vertrag abgeschlossen, in dem auch die anderen

Gelöscht: soll

46 Festlegungen geregelt werden sollen, die nicht über das Baurecht verbindlich
 47 festgelegt werden können.

48
 49
 50 ➤ Wir streben eine kommunale Integrationsvereinbarung zwischen der DITIB und der
 51 Stadt Köln an, wie sie etwa der Magistrat der Stadt Wiesbaden mit religiösen
 52 Gemeinschaften bereits abgeschlossen hat. Der Katalog von Übereinkünften reicht
 53 von gemeinsamen Wertgrundlagen und Maßnahmen zu deren Förderung, über
 54 Vereinbarungen zu mehr Transparenz und gesellschaftlicher Teilhabe der
 55 einzelnen Gruppen bis hin zur Sicherung der Gleichberechtigung von Mann und
 56 Frau.

57
 58 ➤ Der Neubau der Moschee muss sich in den öffentlichen Raum einfügen. Bei dem
 59 vorgegebenen Ort müssen die Besonderheiten des Stadtteils Ehrenfeld und der
 60 näheren Umgebung beachtet werden. In anderen Städten wurden die örtlichen
 61 Belange in die Planungen einbezogen und sogar auf Minarette verzichtet. Daher
 62 fordern wir eine grundlegende Bearbeitung des vorliegenden Entwurfes mit dem
 63 Ziel, Höhe und Größe der Kuppel zu verringern und die Minarette zumindest
 64 deutlich zu reduzieren. Die Dimensionierung und optische Präsenz vor allem
 65 entlang der Inneren Kanalstraße sind zu reduzieren. Dadurch wird dem
 66 Missverständnis entgegengewirkt, es handele sich bei dem Bau um eine politisch,
 67 religiöse Machtdemonstration.

Gelöscht: In diesem Sinne muss der vorliegende Entwurf hinsichtlich der

Gelöscht: – Höhe von Kuppel und Minarett – mit dem Ziel einer Reduzierung der Höhe und der optischen Präsenz vor allem entlang der Inneren Kanalstraße überarbeitet werden.

68
 69 ➤ Die Verbindung der Moschee mit einer Vielzahl von Einzelhandelsgeschäften und
 70 gewerblichen Flächen wird abgelehnt. Diese haben keinen Bezug zur Ausübung der
 71 Religionsfreiheit, vergrößern die Distanz der Muslime zur Mehrheit der Menschen
 72 in Köln und stehen der Integration entgegen. Die von der DITIB vorgesehenen
 73 Flächenanteile für Einzelhandel und sonstige Flächen müssen erheblich reduziert
 74 werden. Die CDU Köln ist gegen die Entstehung eines rein türkischen Viertels
 75 mitten in Ehrenfeld. Für die geplanten Einzelhandelsflächen auf dem Moscheege-
 76 lände gelten dieselben Regeln wie für den Einzelhandel auf der Venloer Straße.

Gelöscht: deutliche Erweiterung der

77
 78 ➤ Die verkehrlichen Maßnahmen müssen auf die Größe der Moschee, die Art der
 79 Nutzung und den Einzugsbereich abgestellt werden. Abbiegespuren und
 80 Ampelschaltungen auf der Inneren Kanalstraße müssen den Verkehrsfluss
 81 sicherstellen, auch wenn die Moschee bei Veranstaltungen und Gottesdiensten in
 82 stärkerem Umfang vom Individualverkehr angesteuert wird. Bei Großereignissen
 83 müssen Sonderparkflächen verbunden mit Shuttleverkehr vorgeschrieben werden.

84
 85 ➤ Der Stellplatzschlüssel muss die tatsächliche Nutzung des Geländes
 86 berücksichtigen. Vor allem muss sichergestellt werden, dass der Parkdruck in der
 87 Nähe der Moschee nachhaltig reduziert wird. Soweit gegenüber dem Status quo
 88 Parkflächen in öffentlichem Straßenland wegfallen, müssen sie ortsnah ersetzt
 89 werden.
 90

- 91 ➤ Die angrenzenden Sportplätze sind in ihrer Nutzung dauerhaft zu sichern. Dazu
 92 gehört auch die Sicherung der vorgeschriebenen Zahl von Stellplätzen.
 93
 94 ➤ Die gegenwärtig von der DITIB vorgelegten Pläne einer Moschee in Köln-Ehrenfeld
 95 entsprechen bislang nicht den vorgenannten Anforderungen. Die CDU Köln spricht
 96 sich daher gegen die Ausführung **dieser** Pläne aus. Sie fordert alle Beteiligten dazu
 97 auf, in gemeinsamen Gesprächen zügig ein neues Konzept zu entwickeln, das den
 98 berechtigten Anliegen aller in Köln lebenden Muslime und der übrigen Kölner
 99 Bevölkerung Rechnung trägt.

- 100
 101 ➤ Die CDU Köln erwartet darüber hinaus, dass die DITIB ihre Öffentlichkeitsarbeit
 102 gegenüber der Nachbarschaft erheblich verbessert. Der bereits bestehende Beirat
 103 sollte daher um eine lokale Gruppe erweitert werden, in der insbesondere
 104 Ehrenfelder Vereine beteiligt werden. Nur wenn transparent und offen über das
 105 Bauvorhaben und seine Finanzierung informiert wird, können Skepsis und Sorge
 106 der Bürger vermindert werden. Dies zu tun, ist vor allem Aufgabe der DITIB, nicht
 107 der politischen Parteien. Wir erwarten, dass die DITIB die Bereitschaft erkennen
 108 lässt, sich zumindest mittelfristig aus ihrer engen Bindung an den türkischen Staat
 109 bzw. an das türkische Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) zu lösen. Damit
 110 würde sie ihren Willen dokumentieren, sich vom türkischen Staatsislam zu
 111 emanzipieren und sich auf den Weg zu einem aufgeklärten Islam in Deutschland zu
 112 begeben.

113
 114 Die CDU Köln betrachtet den Neubau der Moschee als Ausdruck des
 115 selbstverständlichen Rechts der muslimischen Einwohner unserer Stadt, ihren
 116 Glauben frei zu praktizieren. Diese Freiheit der Glaubensausübung ist durch das
 117 Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen garantiert. Die
 118 CDU Köln appelliert aber nachdrücklich an die türkische Regierung, die gleichen
 119 Rechte auch den Christen in der Türkei einzuräumen. Dies ist bedauerlicherweise
 120 bis heute nicht der Fall

121 **Begründung:**

122 Es leben etwa drei Millionen Muslime in Deutschland, davon rund eine Million in
 123 Nordrhein-Westfalen, über 100.000 allein in Köln, die Teil der deutschen Gegenwart und
 124 Zukunft sind.
 125

126
 127 Wer in Deutschland leben möchte, muss die zentralen Werte und Normen unserer
 128 freiheitlich-demokratischen Grundordnung annehmen, ohne dabei seine Herkunft zu
 129 verleugnen oder seine Wurzeln aufzugeben. Wo aber Menschenrechte und Demokratie in
 130 Frage gestellt werden, gibt es kein Recht auf kulturelle Differenz.
 131

- 132 Über das Gelingen von Integration entscheidet das Zusammenleben vor Ort. Die CDU
 133 Köln tritt dafür ein, den in Köln lebenden Muslimen die Ausübung ihres Glaubens in hierfür
 134 angemessenen Räumen zu ermöglichen. Für den Integrationserfolg kommt es maßgeblich

Gelöscht: Integration entscheidet sich im Zusammenleben vor Ort.

Gelöscht: Dies ist ein wichtiger Bestandteil einer gelingenden Integration. Überdies würden „Hinterhof“-Moscheen – oftmals in der Trägerschaft extremistischer oder fundamentalistischer Vereinigungen – an Bedeutung verlieren.



135 | auf das inhaltliche Konzept und die Haltung des Trägers zum nichtmuslimischen Umfeld
136 | an.

137
138 Viele Menschen in Köln betrachten die Planungen zum Bau einer Moschee in Köln-
139 Ehrenfeld mit Sorge. Sie befürchten, dass sich durch die Moschee und das an sie
140 angeschlossene Kultur- und Jugendzentrum die Distanz der Muslime zur Mehrheit der
141 Menschen in Köln vergrößert und bestehende Parallelstrukturen verfestigen. Darüber
142 hinaus sehen sie die Gefahr, dass türkische Nationalisten dort bestimmenden Einfluss
143 ausüben könnten und die Integration der in Köln lebenden Muslime damit insgesamt
144 erheblich erschwert wäre. Die CDU Köln nimmt diese Befürchtungen sehr ernst.

Gelöscht: dem ihr
angeschlossenen

145
146 Seit 2001 unterstützt die CDU Köln, bestätigt von Beschlüssen der Partei wie auch der
147 Fraktion, den Bau einer repräsentativen Moschee. Bereits damals hatten mehrere
148 islamische Verbände Anträge zum Bau einer repräsentativen Moschee gestellt. Schließlich
149 vereinbarten CDU und Bündnis 90/Die Grünen bzw. SPD in den Jahren 2003/2004, das
150 Konzept der DITIB zum Bau einer Moschee auf dem verbandseigenen Grundstück in
151 Ehrenfeld zu unterstützen. Im Jahr 2006 stimmte der Stadtentwicklungsausschuss des
152 Rates der Stadt Köln dem Votum des Preisgerichts zu, den Entwurf von Paul Böhm mit dem
153 ersten Preis auszuzeichnen.

154
155 Der Böhm-Entwurf sieht eine Kuppelhöhe von 34,50 Metern vor, das entspricht ca. 10 bis
156 11 Geschossen. Zwei Minarette sollen 55 Meter hoch, die Randbebauung soll
157 fünfgeschossig (ca. 17 Meter) werden. Damit ist die Kuppel erheblich höher als die da-
158 hinterliegende Ehrenfelder Wohn- und Gewerbebebauung. An dieser Bebauung muss sich
159 die Moschee orientieren.

Gelöscht: Lediglich auf der
anderen Seite der Inneren
Kanalstraße in Richtung Innenstadt
fügt sich die Höhe ein (Telekom-
Bebauung, Innere Kanalstrasse).¶

160
161 Die DITIB plant, auf ihrem Gelände nicht nur ein Gottes- bzw. Gebetshaus, sondern auch
162 ein Kulturzentrum, Büroflächen und Einzelhandelsgeschäfte zu errichten.

163
164 Träger der repräsentativen Moschee in Köln-Ehrenfeld ist die DITIB – Türkisch Islamische
165 Union der Anstalt für Religion e.V. Sie wurde 1984 in Köln als bundesweiter Dachverband
166 für die Koordinierung der religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten von damals 230
167 Moscheevereinen gegründet. Nach einer Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die
168 DITIB mit zwischenzeitlich 870 angeschlossenen Vereinen die mit Abstand größte mus-
169 limische Dachorganisation in Deutschland, durch die aber in erster Linie nur Muslime
170 türkischer Herkunft angesprochen werden. Unter den ca. 3,4 Millionen Zuwanderern aus
171 islamisch geprägten Ländern bilden allerdings die türkischstämmigen Muslime mit 2,4
172 Millionen Menschen (Ende 2005, Quelle: BMI) die größte Gruppe.

173
174 Die DITIB wurde als Auslandsorganisation der staatlichen türkischen Anstalt für
175 Religionsangelegenheiten (Diyanet) gegründet mit der Zielsetzung, die Religion und die
176 kulturellen Traditionen der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger zu wahren
177 und den Einfluss islamistisch-extremistischer Organisationen zu beschränken. Als
178 Organisation des türkischen Staates vertritt sie dessen laizistisches Islamverständnis.
179 | Bislang steuerte Diyanet den überwiegend sunnitischen Islam und verlieh ihm einen



180 gemäßigten Charakter. Das erkennen wir an und hoffen, dass dieser moderate Kurs auch
181 vor dem Hintergrund der weiteren innenpolitischen Entwicklung in der Türkei fortgesetzt
182 wird. Auf Dauer ist es jedoch nicht tragbar, dass sich der türkische Staat über die DITIB
183 eine Religionskontrolle in Deutschland anmaßt, die der deutsche Staat angesichts der bei
184 uns geltenden weltanschaulichen Neutralität des Staates von Verfassungswegen über
185 keine Religionsgemeinschaft ausüben dürfte. Auch unter integrationspolitischen
186 Gesichtspunkten ist es wünschenswert, dass die DITIB nicht den türkischen Staatsislam in
187 Deutschland verwaltet, sondern die Weichen für einen aufgeklärten Islam in Deutschland
188 stellt.

Gelöscht: Diyanet steuert den überwiegend sunnitischen Islam in der Türkei und führt zu einem moderaten Reformkurs. Damit ist die DITIB für die CDU Köln der geeignete Träger der geplanten Moschee.¶
¶
¶